



Bericht der Frühjahrssession 2026

Sehr geehrte Damen und Herren

Aus der Sicht des Netzwerks FUTURE stand die Frühjahrssession der eidgenössischen Räte ganz im Zeichen des Entlastungspakets 27 für den Bundeshaushalt. Der Nationalrat folgte grossmehrheitlich den Beschlüssen des Ständerates, die gezielte Korrekturen bei den vom Bundesrat geplanten Gesetzesänderungen und Kürzungen der Finanzmittel vorsehen. Diese Korrekturen betreffen auch den Bereich Bildung, Forschung und Innovation. Bei den projektgebundenen Beiträgen an die Hochschulen und bei der Weiterbildung wurden die Mittelkürzungen in der Differenzbereinigung noch zusätzlich reduziert. Trotz dieser für den BFI-Standort Schweiz erfreulichen Ergebnisse bleibt die finanzpolitische Grosswetterlage herausfordernd. Für den Voranschlag 2027 werden bereits die nächsten Sparmassnahmen im Bereich der schwach gebundenen Ausgaben angekündigt.

Ich wünsche Ihnen eine gute Lektüre.

Petra Studer, petra.studer@netzwerk-future.ch

ENTSCHEIDE DES PARLAMENTS

Entlastungspaket 27: Die eidgenössischen Räte reduzieren den Sparbeitrag des Bereichs Bildung, Forschung und Innovation

Der Nationalrat hat sich in der Frühjahrssession als Zweitrat mit dem vom Bundesrat geplanten Entlastungspaket 27 für den Bundeshaushalt (EP27) befasst ([25.063](#)). Die grosse Kammer reduzierte das Entlastungsvolumen der ursprünglich vom Bundesrat vorgeschlagenen Massnahmen von 2,4 bis 3,1 Milliarden Franken auf rund 1,4 bis 2 Milliarden Franken pro Jahr. Zuvor hatte der Ständerat das Entlastungsvolumen auf 1,4 bis 2,1 Milliarden Franken pro Jahr reduziert. Im Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI-Bereich) wurde das Entlastungsvolumen um insgesamt 558,6 Millionen Franken gesenkt, was einer Reduktion von rund 40 Prozent entspricht.

Im Rahmen des EP27 schlug der Bundesrat eine **Stärkung der Nutzerfinanzierung der kantonalen Hochschulen** vor. Dies durch eine **Reduktion der Grundbeiträge** im Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz (HFKG), welche gemäss dem Entwurf des Bundesrates auf höchstens 18,4 Prozent bei den kantonalen Universitäten und höchstens 27 Prozent bei den Fachhochschulen plafoniert und mittels einer Erhöhung der Studiengebühren kompensiert werden sollten. Im Finanzplan 2027-2029 war eine entsprechende Kürzung von 120 Millionen Franken pro Jahr vorgesehen. Mit 104 zu 86 Stimmen bei einer Enthaltung folgte die grosse Kammer dem Mehrheitsantrag der Finanzkommission des Nationalrates (FK-N), der den Beschluss des Ständerates vom Dezember unterstützte. Somit werden die in Artikel 50 HFKG festgelegten Beitragssätze von 20 bzw. 30 Prozent um den Begriff «höchstens» ergänzt und die vom Bundesrat geplante Kürzung auf 60 Millionen Franken pro Jahr halbiert. Die kantonalen Universitäten und die Fachhochschulen tragen zu gleichen Teilen mit je 30 Millionen Franken zu dieser Sparmassnahme bei zu gleichen Teilen mit 30 Millionen Franken betroffen. Mit 105 zu 83 Stimmen bei drei Enthaltungen lehnte der Nationalrat einen Minderheitsantrag ab, der die Massnahme gemäss Bundesrat umsetzen wollte. Eine weitere Minderheit, die gänzlich auf die Sparmassnahme verzichten wollte, wurde mit 112 zu 79 Stimmen abgelehnt.

Im Bereich der kantonalen Hochschulen sah das EP27 zudem einen **Verzicht auf die projektgebundenen Beiträge** (PgB), mit Ausnahme der in den Jahren 2027 bis 2029 geplanten 11,5 Millionen Franken zur Umsetzung der Pflegeinitiative, sowie die gänzliche Streichung dieses Instruments aus dem HFKG vor. Die grosse Kammer unterstützte mit 104 zu 85 Stimmen bei einer Enthaltung einen Einzelantrag, der die Gesetzesgrundlage der PgB im HFKG beibehält und im Finanzplan in den Jahren 2028 und 2029 eine Erhöhung um je 6 Millionen Franken zugunsten des Ausbaus der Ausbildungsplätze für Medizinerinnen und Mediziner vorsieht. Mit 133 zu 56 Stimmen bei zwei Enthaltungen lehnte der Nationalrat einen Minderheitsantrag ab, welcher den Entscheid des Ständerates und damit die Beibehaltung der gesetzlichen Grundlage sowie die Umsetzung der vom Bundesrat vorgesehene Kürzung im Finanzplan unterstützte. Die Version des Bundesrates wurde mit 191 zu 0 Stimmen klar abgelehnt. In der Differenzbereinigung folgte der Ständerat mit 22 zu 18 Stimmen bei einer Enthaltung dem Entscheid des Nationalrates, womit für die PgB in den Jahren 2028 und 2029 insgesamt 12 Millionen Franken mehr eingeplant werden.

Die vom Bundesrat geplante Massnahme zur **Stärkung der Nutzerfinanzierung im ETH-Bereich** sah eine Kürzung des **Finanzierungsbeitrags des Bundes** im Finanzplan 2027-2029 um 78 Millionen Franken pro Jahr vor; auch hier sollten die fehlenden Mittel mittels einer Gebührenerhöhung für die Studierenden kompensiert werden. Die grosse Kammer folgte mit 103 zu 84 Stimmen bei drei Enthaltungen einem Antrag der Mehrheit der FK-N, der dem Beschluss des Ständerates folgte. Damit wird die im Finanzplan beantragte Kürzung im Jahr 2027 um rund 67 Millionen Franken reduziert. Ausserdem lehnte der Nationalrat mit 117 zu 71 Stimmen einen Minderheitsantrag ab, der gänzlich auf die Sparmassnahme verzichten wollte.

Bei den **Organisationen der Forschungs- und Innovationsförderung** plante der Bundesrat im Finanzplan 2027-2029 eine Kürzung der Bundesbeiträge um 10 Prozent. Bei der Kürzung des Bundesbeitrags für den **Schweizerischen Nationalfonds** (SNF) folgte der Nationalrat mit 103 zu 84 Stimmen bei zwei Enthaltungen dem Antrag der Mehrheit der FK-N, welcher den Beschluss des Ständerates unterstützte. Somit wird die vom Bundesrat vorgeschlagene

Budgetkürzung auf 5 Prozent halbiert. Das Entlastungsvolumen der Massnahme wird im Jahr 2027 von 131 Millionen auf 65 Millionen Franken und in den Jahren 2028 und 2029 von 139 Millionen auf 70 Millionen Franken reduziert. Im Gegenzug lehnte die kleine Kammer mit 104 zu 84 Stimmen bei drei Enthaltungen eine Minderheit ab, welche die vom Bundesrat vorgeschlagene Kürzung unterstützte. Eine weitere Minderheit, die gänzlich auf diese Sparmassnahme verzichten wollte, wurde mit 116 zu 72 Stimmen bei drei Enthaltungen abgelehnt.

Bei **Innosuisse** schlug der Bundesrat zuzüglich zur Kürzung des Bundesbeitrags eine Änderung des Forschungs- und Innovationsförderungsgesetzes (FIFG) vor, welche die kürzlich vom Parlament beschlossene Revision für eine agilere Innovationsförderung hinfällig gemacht hätte. Der Nationalrat folgte mit 116 zu 73 Stimmen bei zwei Enthaltungen dem Antrag der Mehrheit der FK-N, welcher den Beschluss des Ständerates unterstützte. Somit verzichteten die Eidgenössischen Räte auf die vom Bundesrat vorgeschlagene Gesetzesänderung und halbieren die im Finanzplan geplante Kürzung von 10 Prozent auf 5 Prozent. Damit wird die Kürzung im Jahr 2027 von 32 Millionen auf 16 Millionen Franken und in den Jahren 2028 und 2029 von 33 Millionen auf 16,5 Millionen Franken reduziert. Die kleine Kammer lehnte eine Minderheit, welche die Sparmassnahme gemäss Bundesrat umsetzen wollte, mit 104 zu 82 Stimmen bei fünf Enthaltungen ab.

Im Bereich der **Berufsbildung** schlug der Bundesrat eine Deckelung der Projektbeiträge des Bundes auf 50 Prozent sowie eine Kürzung im Finanzplan 2027-2029 um 10 Millionen Franken pro Jahr vor. Der Nationalrat ist mit 131 zu 61 Stimmen dem Antrag der Mehrheit der FK-N und damit dem Beschluss des Ständerates gefolgt. Somit werden die Projektbeiträge des Bundes wie vom Bundesrat vorgeschlagen höchstens 50 Prozent der anrechenbaren Kosten decken und die Beiträge gekürzt. Allerdings kann der Bund in begründeten Ausnahmen Projektbeiträge bis zu 80 Prozent gewähren. Die grosse Kammer lehnte eine Minderheit, die gänzlich auf die Massnahme des Bundesrates verzichten wollte, mit 111 zu 80 Stimmen ab.

Bei der **Weiterbildung** sah der Bundesrat eine Streichung der gesetzlichen Grundlage für die Förderbeiträge des Bundes aus dem Weiterbildungsgesetz sowie der entsprechenden Mittel aus dem Finanzplan 2027-2029 vor. Während der Ständerat die Beibehaltung der gesetzlichen Grundlage sowie eine Halbierung der Kürzung beschloss, stimmte der Nationalrat mit 103 zu 87 Stimmen bei drei Enthaltungen für den Antrag einer Minderheit der FK-N, der gänzlich auf die Massnahme verzichten wollte. Eine weiterer Minderheitsantrag, der die Version des Bundesrates unterstützte, wurde mit 103 zu 82 Stimmen bei vier Enthaltungen abgelehnt. In der ersten Runde der Differenzbereinigung hielt der Ständerat mit 24 zu 17 Stimmen an seinem Beschluss fest. Im Folgenden stimmte die grosse Kammer mit 115 zu 76 Stimmen bei zwei Enthaltungen für einen Kompromissvorschlag der FK-N, der die Kürzung im Finanzplan um drei Viertel reduziert. Der Ständerat folgte schliesslich stillschweigend dem Beschluss des Nationalrates.

Protokoll des Nationalrates vom 3. März 2026 »

Protokoll des Nationalrates vom 4. März 2026 (Teil 1) »

Protokoll des Nationalrates vom 4. März 2026 (Teil 2) »

AUSSERDEM HABEN DIE PARLAMETARIERINNEN UND PARLAMETARIER ...



...im Ständerat die Motion «Daten der Bundesverwaltung mehrfach nutzbar machen – als Basis für vertrauenswürdige KI in der Schweiz» (~~25.4620~~) gemäss eines stillschweigend angenommenen Ordnungsantrags der zuständigen Kommission zugewiesen. Die Motion beauftragt den Bundesrat, die rechtlichen Grundlagen zu erlassen, damit baldmöglichst qualitätsgesicherte, aktuelle und insbesondere international anschlussfähige sowie vergleichbare strukturierte Daten der Bundesverwaltung zur Mehrfachnutzung für Forschung, Planung und Steuerung zur Verfügung gestellt werden.



...im Ständerat die Motion «Förderung der Innovation im Bereich Sicherheit und Verteidigung durch Armasuisse» (~~25.4639~~) stillschweigend angenommen. Mit dem Vorstoss soll der Bundesrat mit der Errichtung eines Bundesprogramms zur Förderung disruptiver Innovation im Sicherheits- und Verteidigungsbereich beauftragt werden. Das Bundesamt für Rüstung, armasuisse, soll dabei die Federführung übernehmen. Das Programm soll Forschung und Wirtschaft näher zusammenbringen und unmittelbar anwendbare, wettbewerbs- und marktfähige Produkte und Dienstleistungen generieren. Der Vorstoss geht an die zuständige Kommission des Nationalrates.



...im Nationalrat das Postulat «Vertrauenswürdige KI durch qualitativ hochstehende Datensätze stärken» (~~25.3293~~) mit 125 zu 61 Stimmen angenommen. Damit wird der Bundesrat beauftragt zu prüfen, mit welchen Massnahmen der Aufbau qualitativ und quantitativ hochstehender, möglichst frei zugänglicher Datensätze für das Training von KI-Modellen unterstützt und deren Verfügbarkeit für Forschung und Wirtschaft erleichtert werden kann. Das Geschäft geht an die zuständige Kommission des Ständerates.



...im Ständerat das Kommissionspostulat «Innovationsumfeld verbessern, ohne Subventionen zu erhöhen» (~~25.4417~~) mit 31 zu 2 Stimmen bei zwei Enthaltungen angenommen. Dieses beauftragt den Bundesrat, einen Bericht mit Umsetzungsoptionen zu erarbeiten, um das Innovationsumfeld im Bereich Klimaschutz und Energie zumindest zu erhalten. Dabei soll eine grössere Zahl von Unternehmen und Projekten neu von erweiterten Optionen für Bürgschafts- und Risikoabsicherungslösungen profitieren können.

STELLUNGNAHMEN DES BUNDESRATES ZU VORSTÖSSEN



Förderung der Innovation im Bereich Sicherheit und Verteidigung durch Armasuisse.

Motion (25.4639) von Ständerat Benedikt Würth (Mitte).
Der Bundesrat hat am 25. Februar 2026 die Annahme der Motion beantragt.



Innovationsförderung im Bereich Sicherheit und Verteidigung durch Armasuisse.

Motion (25.4629) von Nationalrätin Isabelle Chappuis (Mitte).
Der Bundesrat hat am 25. Februar 2026 die Annahme der Motion beantragt.



Vom Start-up zum Scale-up. Eine strategische Rolle für die ETH.

Motion (25.4643) von Nationalrätin Estelle Revaz (SP).
Der Bundesrat hat am 18. Februar 2026 die Ablehnung der Motion beantragt.



Einführung eines fakultativen Finanzreferendums auf Bundesebene.

Parlamentarische Initiative (25.488) von Nationalrat Martin Bäumle (GLP). Die parlamentarische Initiative wurde an die Staatspolitische Kommission des Nationalrates zugewiesen.



Gleich lange Spiesse für Schweizer KMU in der Innovationsförderung.

Interpellation (25.4539) von Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter (Mitte).
Der Bundesrat hat am 25. Februar 2026 darauf geantwortet.



Finanzreferendum auch auf Bundesebene.

Motion (25.4517) von Nationalrat Rémy Wyssmann (SVP).
Der Bundesrat hat am 18. Februar 2026 die Ablehnung der Motion beantragt.



Entlastungspaket 2029 jetzt aufgleisen.

Motion (25.4514) von FDP-Liberale Fraktion (RL).
Der Bundesrat hat am 18. Februar 2026 die Ablehnung der Motion beantragt.



Übersicht über gewährte Nachteilsausgleiche bei Bildungsabschlüssen.

Postulat (25.4483) von Nationalrat Christian Wasserfallen (FDP).
Der Bundesrat hat am 11. Februar 2026 die Ablehnung des Postulats beantragt.



Stärkung der Standortattraktivität der Schweiz für industrielle Investitionen.

Interpellation (25.4460) von Nationalrat Andri Silberschmidt (FDP).
Der Bundesrat hat am 18. Februar 2026 darauf geantwortet.



Verankerung des Themas kritische Rohstoffe in Politik, Wissenschaft und Ausbildung.

Interpellation (25.4420) von Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter (Mitte).
Der Bundesrat hat am 18. Februar 2026 darauf geantwortet.

NEU EINGEREICHTE VORSTÖSSE



Evaluation der Wirksamkeit der Bundessubventionen.

Postulat (26.3257) von Ständerat Fabio Regazzi (Mitte).
Eingereicht am 19. März 2026.



Öffentliches Register der Empfänger von Bundessubventionen.

Motion (26.3256) von Ständerat Fabio Regazzi (Mitte).
Eingereicht am 19. März 2026.



Prüfung einer «Sunset Clause» für Bundessubventionen.

Postulat (26.3255) von Ständerat Fabio Regazzi (Mitte).
Eingereicht am 19. März 2026.



Wertschöpfung statt Ressourcenverbrauch: Innovationshemmnisse abbauen.

Postulat (26.3346) der Mitte-Fraktion (M-E).
Eingereicht am 19. März 2026.



Hochschulfinanzierung mit alternativen Finanzierungsmodellen sichern.

Interpellation (26.3323) von Nationalrätin Florence Brenzikofer (Grüne).
Eingereicht am 19. März 2026.



Stellung der Geistes- und Sozialwissenschaften.

Interpellation (26.3280) von Nationalrätin Min Li Marti (SP).
Eingereicht am 19. März 2026.



EU-Inc. und die Wettbewerbsfähigkeit des Startup- & Scaleup-Standorts Schweiz.

Interpellation (26.3275) von Nationalrat Simon Michel (FDP).
Eingereicht am 19. März 2026.



Bundesmittel zur Finanzierung von dubiosen Veranstaltungen der ETHZ?

Interpellation (26.3191) von Nationalrätin Nicole Barandun (Mitte).
Eingereicht am 18. März 2026.



Stand der wissenschaftlichen Forschung zur inklusiven Bildung.

Interpellation (26.3119) von Nationalrat Islam Alijaj (SP).
Eingereicht am 16. März 2026.



Arbeitsmarktsituation von Hochschulabsolventinnen und - absolventen im Kontext von künstlicher Intelligenz.

Anfrage (26.1010) von Nationalrat Islam Alijaj (SP).
Eingereicht am 16. März 2026.



Künstliche Intelligenz und digitale Infrastruktur: Wie sichert die Schweiz ihre technologische Handlungsfähigkeit?

Anfrage (26.1009) von Nationalrat Islam Alijaj (SP).
Eingereicht am 16. März 2026.



Innovationszonen: Pilotierung und gesetzliche Verankerung prüfen.

Postulat (26.3105) von Nationalrat Islam Alijaj (SP).
Eingereicht am 12. März 2026.



Öffentliche Gelder und Tabakindustrie an unseren Hochschulen: Welche Grenzen gelten für akademische Partnerschaften?

Interpellation (26.3081) von Nationalrätin Brigitte Crottaz (SP).
Eingereicht am 10. März 2026.



Open Data bei Projekten mit Bundesförderung.

Interpellation (26.3054) von Nationalrat Dominik Blunschy (Mitte).
Eingereicht am 4. März 2026.

Wiederverwendung der Artikel unter Quellenangabe erlaubt.

Sie sind bei uns mit der E-Mail-Adresse eingetragen.

Sie möchten keine weiteren Informationen per E-Mail erhalten? [abmelden](#)

KONTAKT

Netzwerk FUTURE

Münstergasse 64/66, 3011 Bern

Tel. 031 351 88 46

info@netzwerk-future.ch

www.netzwerk-future.ch

Das Netzwerk FUTURE umfasst Partner aus Hochschulen, Wissenschaft und Politik.

Es fördert die Unterstützung für den Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI) und den Dialog zwischen Politik und Wissenschaft.

24. März 2026